

Die Bedeutung der Staatsschuldenkrise für den Bürger

mein letzter Spezialreport "Deflation und Inflation vs. Staatsschulden" hat wohl einige Leser zum Nachdenken gebracht- entsprechend zahlreich waren die Rückmeldungen. Daher möchte ich in diesem Artikel noch einmal genauer auf die Besonderheiten der Staatsschuldenkrise eingehen und aufzeigen, warum diese so bedrohlich für jeden einzelnen von uns ist.

Letzte Woche las ich im „Spiegel“ folgende Überschrift: „Die Welt versinkt in Schulden“. „Die globale Kreditlast beläuft sich auf fast 200 Billionen Dollar...“. Wie passend. Hat die Spiegel-Redaktion etwa meinen letzten Spezialreport gelesen? Wohl kaum, denn bereits im März vergangenen Jahres war in „Die Welt“ zu lesen: „Globale Schulden wachsen auf 100 Billionen Dollar“. Obwohl sich hier die Frage stellt, ob die Bemessungsgrundlage wirklich dieselbe ist, erkennt man den eindeutigen Trend und die Auswirkung der Exponentialfunktion (Zinseszins).

Haben sich die Schulden binnen eines Jahres aber wirklich verdoppelt? Auch wenn ich daran nicht glaube, muss man sich doch ernsthaft fragen: Wer weiß das denn? Haben die Verantwortlichen überhaupt noch einen Überblick? Wenn ich da nur an den Schattenbankensektor in China denke, läuft es mir eiskalt den Rücken hinunter... Über 30 Billionen Schulden soll die Volksrepublik mittlerweile angehäuft haben. Einer aktuellen Studie von McKinsey zufolge, hängen fast die Hälfte aller Schulden direkt oder indirekt mit dem Immobiliensektor zusammen. Hier hat sich eine gigantische Blase gebildet. Schattenbanken besitzen keine Banklizenz und sind losgelöst von staatlichen Regulierungen. Sie operieren quasi vogelfrei am Finanzmarkt. In China hat dieser Geschäftszweig mittlerweile einen Umfang von fast 6,8 Billionen USD an Krediten. Nicht auszudenken welche Kettenreaktion dieser „China-Böller“ auslösen könnte...

Allerdings brauchen wir gar nicht so weit in die Ferne schweifen. Nach dem Bundestag-Euro-Votum im Jahr 2011, wurde die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher von einem Reporter gefragt, wie hoch denn der deutsche Anteil an Kreditbürgschaften (im Zuge der Euro-Rettung) wäre. Darauf antwortete sie: „Das kann ich Ihnen im Detail jetzt nicht sagen.“ Auf die Nachfrage „Ungefähr?“ erwiderte sie „Milliarden?“. Naja, Schwamm drüber. Bei so vielen Zahlen kann man durchaus mal durcheinander kommen. Dass es eine Zahl mit vielen Nullen ist wusste sie ja immerhin.

Das bizarre an Staatsschulden ist, dass jeder Staatsbürger automatisch Schuldner ist, unabhängig davon ob er jemals in seinem Leben einen Kredit aufgenommen hat. Da es „den Staat“ als solches aber nicht gibt, bürgt er gleichzeitig mit seinen Guthaben für die Finanz-Politik unseres Landes. Sein Guthaben hat in unserem Geldsystem nur solange einen Wert, wie diesem eine Forderung gegenübersteht.

Eine Schuldenkrise ist also auch immer eine „Guthaben-Krise“. Lediglich der Umfang entscheidet wie der einfache Sparer dies erlebt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Deutschland bei etwa 26.000 EUR. Rechnet man Kinder und Rentner raus kommt man grob auf das Doppelte. Das ist ein stolzer Betrag für das Betreten von Gehwegen, benutzen öffentlicher Mülleimer und die Fahrt über die Autobahn.

Nun klingt diese Summe im Vergleich zu meinen dramatisch dargestellten Schuldenkurven aus dem letzten Spezialreport ja gar nicht so schlimm. Wenn jeder seinen Beitrag leistet könnte man das ja irgendwie „hinbiegen“.

Da jede Schuld irgendwann beglichen werden muss, gibt es unweigerlich einen Tag der Abrechnung. Das bedeutet zukünftig versprochene Leistungen werden nicht mehr akzeptiert. Der Wirt lässt nicht mehr mit sich verhandeln. Er zeigt auf die vielen Striche der Bierdeckel. Da hat sich über die letzten Monate einiges angesammelt... Jetzt will er abrechnen und endlich seine Gegenleistung haben. Wie aber soll der Staat die Rechnung bezahlen? Er kann nicht haushalten. Gibt seit Jahrzehnten mehr aus als er einnimmt. Er hat keine Rücklagen. (Übrigens auch nicht für die künftigen Pensionszahlungen). Ein paar Staatsbetriebe und Gebäude könnten an private Gläubiger übertragen werden, doch es wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Allein die fast 2 Millionen Beamten saugen weiter kräftig an Vater Staat. Ganz zu Schweigen von den abertausenden sonstigen Ausgaben für das öffentliche Leben. Dem Staat bleibt, wie immer in der Geschichte, nur eine einzige Option:

Der Zugriff auf das Vermögen seiner Bürger.

Das tut er zwar ohnehin ständig, mit hunderten von Steuern und Abgaben, aber diesmal geht's ans Eingemachte. Massive Entwertung aka Währungsreform, Konfiskation, Zwangsabgabe und Lastenausgleich sind die groben Eintreiber der Inkassofirma Staat. Die Geschichtsbücher sind voll von diesen Ereignissen, verteilt über alle Zeitepochen und Länder der Welt. Alleine in Deutschland hatten wir in den letzten 90 Jahren drei Währungsreformen. Die „harmlose“ war die Einführung des Euros im Jahr 2002 und damit einhergehend der anhaltende, sich immer weiter verstärkende Kaufkraftverlust. Jede Hausfrau weiß am besten wovon ich spreche. 1923 hatten sich allerdings nicht nur die Pizzapreise verdoppelt, sondern eine fürchterliche Hyperinflation vernichtete alle Geldvermögen. Der Heizwert von Papiergeld war höher als seine Kaufkraft. Im Jahr 1948 wurden in einem offenen Staatsbankrott über Nacht die Konten umgestellt. Im Prinzip hat die Umstellung ca. 90% bis 95% des Geldwertes vernichtet.

Die Geldvermögen der Deutschen sind heute wieder auf Rekordhoch und die Kehrseite der horrenden Staatsschulden. Das weckt Begehrlichkeiten, die im Laufe der immer weiter wachsenden Schulden dem Staat aber letztlich gar keine andere Wahl lassen.

Kann der Staat sich wirklich am Vermögen der Bürger bedienen? Ist das überhaupt legal?

Immerhin stellte sich Angela Merkel 2008 vor die Kameras und verkündete „Die Spareinlagen sind sicher.“ Die Regierung garantiert für alle privaten Spareinlagen. Ach, ja? Und wie? Eben. Was Angela Merkel hier von sich gab ist natürlich völliger Unsinn. Zuerst einmal stellt die Aussage keine Rechtsgrundlage dar. Es gibt auch keine. Darüber hinaus kann die Bundesregierung das überhaupt nicht garantieren, da sie diese 2000 Milliarden Guthaben nur mit einem negativen Vorzeichen besitzt. Und zu guter Letzt notieren diese Guthaben in einer Gemeinschaftswährung. Deutschland hat praktisch keinerlei Einfluss auf deren Wert (siehe aktuelle Geldschwemme der EZB).

So lange das Geldvermögen der Deutschen noch einen Wert besitzt, sollte man auf der Hut sein. Die schützende Hand von „Mutti“ Merkel ist es nämlich, die am nötigsten dieses Geld braucht. Ist es also klug ihr zu vertrauen? Das Schlagwort „Vermögensabgabe“ haben die meisten Bürger noch nie gehört. Warum eigentlich? Weil es weder um 20.00 Uhr in der Tagesschau fällt, noch auf der Titelseite der BILD-Zeitung steht. Weil es der Zünder für einen hässlich unkontrollierbaren Herdentrieb ist. Knippst die Regierung hier den falschen Draht durch, kommt es zu Bürgerunruhen, Bank-Runs und massiver Kapitalflucht. Es wäre nicht das erste Mal, dass daran ein ganzer Staat zugrunde geht. Timing ist dabei ganz besonders wichtig. In der Regel wird eine Vermögensabgabe rückwirkend erhoben, damit ja keiner ausscheren kann. Über die Höhe einer solchen Abgabe würde die Regierung ebenfalls bis zuletzt stillschweigen bewahren.

Können Sie sich so etwas vorstellen? Klingt das nach Verschwörungstheorie?

Fakt ist, dass der IWF diese Pläne bereits seit Jahren in der Schublade hat. Die Verantwortlichen wissen ganz genau, dass die globale Schuldenbombe nicht mehr mit gewöhnlichen Mitteln entschärft werden kann. Die IWF-Chefin Christine Lagarde hat bereits mehrfach konkrete Vorschläge bezüglich einer Vermögensabgabe in Höhe von 10 bis 20 Prozent diskutiert. Dies wurde Ende 2013 sogar am Rande in der Presse erwähnt. Umgehend reagierten die großen Leitmedien, wie z.B. der Focus mit Überschriften wie: „Aufregung um IWF-Idee: Eine Vermögenssteuer gibt es schon lange“ und „...Deutschland geht es viel zu gut, als das eine solche Abgabe nötig wäre...“.

Anfang 2014 erklärte die Deutsche Bundesbank dann höchstpersönlich, dass eine solche Steuer in „absoluten Ausnahmesituationen“ erhoben werden könnte. Hoppla!

Tatsächlich gab es bereits einen staatlichen Zugriff im Zuge der Zypernkrisen, als alle Kundeneinlagen der Bank of Cyprus oberhalb von 100.000€, etwa zur Hälfte in mehr oder weniger wertlose Wertpapiere getauscht wurden. In Spanien wurde Mitte 2014 ein Gesetz auf den Weg gebracht, in dem eine Steuer von 0,03% Prozent auf alle Bankguthaben verankert ist. Auch wenn die Sache in Spanien etwas komplizierter ist, zeigt sie doch eindrucksvoll was in den Köpfen der Verantwortlichen bereits vorgeht.

In Deutschland ist ein solcher staatlicher Zugriff durch das Grundgesetz legitimiert.

Artikel 14

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Das Wohle der Allgemeinheit wäre im Schulden-BIG-BANG leicht zu rechtfertigen. Art und Ausmaß der Entschädigung zu regeln ist ebenfalls einfach umsetzbar. Wenn Sie mir der zum Wohle der Allgemeinheit festgelegten Entschädigung von einem Sack Kartoffeln nicht zufrieden sind, steht Ihnen der Rechtsweg offen. Falls Sie dann keine anderen Probleme haben, können Sie vor Gericht einen zweiten Sack einklagen. Natürlich erst wenn dieses wieder geöffnet hat und Ihr Antrag an der Reihe ist!

Die beiden Artikel zeigen die enorme Macht des Staates. In Notstandssituationen gehört Ihnen eigentlich gar nichts. Als erstes bricht der Staat alle Versprechen.

Alle weiteren Papiervereinbarungen oder Verträge werden über Nacht bedeutungslos. Aus diesem Grund beschäftigen wir uns bei bleibende-werte.ch intensiv mit Sachwertanlagen. Sie besitzen kein Gegenparteien-Risiko. Sie sind kein Kredit im Vergleich zu allen Papierwährungen der Welt. Ihre „Leistung“ wurde bereits erbracht, durch deren physische Existenz in Besitz eines Menschen.

Sie sollten sich darüber bewusst sein, dass der staatliche Zugriff auf das Vermögen seiner Bürger noch nie so einfach war wie heute. In unserer vernetzten Welt voller Computer und Rechenzentren herrscht maximale Transparenz. Die Finanzämter haben bereits Einsicht auf Ihre Bankverbindungen. Sämtliche Steuern werden direkt abgeführt. Banken und staatliche Stellen gehen Hand in Hand.

Die Regierung kennt die Höhe ihres Gehalts, ihrer Sparbücher, ihres Aktiendepots, ihrer Hypothek, ihrer regelmäßigen Barabhebungen, ihrer EC- und Kreditkartenzahlungen, uvm. Sie weiß wo Sie wohnen, kennt den Wert ihres Hauses und ihrer Fahrzeuge. Auch Riester-Verträge, Lebensversicherungen und Bausparverträge sind ihr bekannt. Das Vermögen innerhalb der Familie oder Verwandtschaft lässt sich problemlos ermitteln. Wenn Sie damit einverstanden sind und diese Dinge in die staatliche Obhut übergeben würden, brauchen Sie nichts weiter zu unternehmen.

Möchten Sie selbstbestimmt leben und ihr Vermögen schützen, nutzen Sie die noch verbleibenden, legalen Möglichkeiten der Sachwertanlage. Der anonyme Erwerb von Gold und Silber stellt hierbei die Basis dar. Informieren Sie sich auf www.bleibende-werte.ch über die Vorteile der anonymen Sachwertanlage. Zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.



*Die Veröffentlichungen stellen keine individuelle Wertpapier-, Vermögens- und Anlageberatung und auch keine Empfehlung zum Erwerb, Kauf bzw. zur Zeichnung des betreffenden Wertpapiers oder sonstiger Finanzinstrumente dar.